

Sind Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei sinnvoll?

Petra Zimmermann-Steinhart

Im Dezember 2002 wurden die Verhandlungen der EU mit zehn Beitrittskandidaten, die zum 1. Mai 2004 Mitglied der EU werden können, abgeschlossen.¹ Damit ist diese Erweiterungsrunde die bislang weitreichendste in der Geschichte der europäischen Integration. Auf der aktuellen Beitrittskandidatenliste stehen nun noch drei Staaten: Bulgarien und Rumänien sowie die Türkei. Während mit Bulgarien und Rumänien bereits Verhandlungen geführt werden und der Beitritt nicht ernsthaft in Frage gestellt wird, entspann sich im Jahr 2002 eine rege Diskussion über den Status der Türkei, die nach wie vor auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wartet.

Die Diskussion über die Frage, ob die Türkei Mitglied der EWG/EG/EU werden kann, begann als sich die Türkei im Jahr 1959 um eine Mitgliedschaft in der EWG bewarb. Seither wurden Zoll- und Assoziationsabkommen unterzeichnet, und die Türkei hat im Jahr 1987 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt, der damals als nicht zweckmäßig abgelehnt wurde. Die ersten konkreten Signale bezüglich einer künftigen Mitgliedschaft bekam die Türkei vom Europäischen Rat in Helsinki im Dezember 1999. Der Europäische Rat hat die Türkei als Beitrittskandidat anerkannt und festgelegt, dass auch für die Türkei die 1993 festgelegten Kopenhagener Kriterien gelten.² In Helsinki wurde die Türkei aufgefordert, vor allem ihre Anstrengungen zur Erfüllung des politischen Kriteriums von Kopenhagen zu verstärken. Um die Bemühungen der Türkei zu unterstützen, wurde auch für die Türkei die Finanzierung von Heranführungsinstrumenten beschlossen (Europäischer Rat (Helsinki), 10./11. Dezember 1999: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Ziffer 12).

Die Entscheidung, die Türkei zum offiziellen Beitrittskandidaten zu erklären, war von Anfang an umstritten. Die rot-grüne Regierung der Bundesrepublik hatte die Entscheidung von Helsinki vorangetrieben und konzentrierte sich in ihrer Argumentation vor allem auf die positiven Auswirkungen eines diskriminierungsfreien Umgangs der EU mit der Türkei auf die in der Bundesrepublik lebenden Menschen türkischer Herkunft und deren Integration in der Bundesrepublik. Die CDU/CSU, namentlich deren damaliger Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble, widersprach und argumentierte, es bestünde eine Gefahr der Überdehnung der Europäischen Institutionen (Blickpunkt Bundestag, 12/1999, www.bundestag.de/aktuell/bp/1999/bp9912/9912017.html).

Die Diskussion im Jahr 2002 hatte zwei Dimensionen. Zunächst stand die Frage im Mittelpunkt, ob es sinnvoll sei, einen Termin für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei festzulegen und wenn ja, in welchem zeitlichen Abstand dies geschehen solle. Diese Diskussion weitete sich schnell auf die grundsätzliche Frage aus, ob ein EU-Beitritt der Türkei überhaupt sinnvoll sei. Während sich der Europäische Rat an die eigenen Beschlüsse von Helsinki gebunden sah und hier die Terminfrage im Mittelpunkt stand, dominierte die Grundsatzdiskussion die Debatte in der Presse.

Im Folgenden wird zunächst die Grundsatzdebatte über die angestrebte EU-Mitgliedschaft der Türkei dokumentiert, um in einem zweiten Schritt die Termindebatte und deren Ergebnis zu verdeutlichen.

Die Debatte über die Grundsatzfrage: Soll die Türkei Mitglied der EU werden?

Die Argumente gegen einen Beitritt

Zu den generellen Skeptikern gehören die CDU/CSU, aber auch der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt oder der Präsident des EU-Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing, der sich in einem Interview der französischen Zeitung „Le Monde“ am 7. November 2002 gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aussprach, weil dies das Ende der heutigen EU bedeuten würde: „[...] et donc on ira vers une espèce de zone de libre-échange commune à l'Europe et au Proche-Orient“.³ (In: Le Monde, 9. November 2002, S. 2). Giscard d'Estaing verlieh der Debatte mit seiner Äußerung eine neue Dynamik. Die Ablehnung eines Beitritts wird mit einer Reihe von Argumenten untermauert.

Die Argumentation der Gegner eines Beitritts zur EU stützt sich zunächst auf die geographische Lage der Türkei:

„Mit der Türkei würde ein Land Mitglied der EU, das geographisch überwiegend nicht zu Europa, sondern zu Asien gehört. Die politische Kultur der Türkei unterscheidet sich weiter scharf von der des Westens“. (Heinrich August Winkler in Die Zeit, 7. November 2002, S. 6).

Während die Beitrittsgegner den Beitritt von Rumänien und Bulgarien befürworten, befürchten sie im Falle eines Beitritts der Türkei, dass die EU zu groß und von der Türkei mit ihren heute bereits knapp 70 Millionen Einwohnern dominiert würde:

„Weitere Kandidaten stehen vor der Tür, die keineswegs abgewiesen werden können oder sollen: Rumänien, Bulgarien, zu einem noch späteren Zeitpunkt die Balkanstaaten.

Vor diesem Hintergrund würde ein Beitritt der Türkei die EU vor nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten stellen, die Integrationskraft Europas sprengen und die Akzeptanz der Bevölkerung überfordern.

Die Gründe dafür liegen in der Größe des Landes, in seiner im Vergleich mit der EU sehr geringen Wirtschaftskraft sowie nicht zuletzt in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen, die EU und Türkei in der Vergangenheit durchlaufen haben.

Mit jetzt schon 69 Millionen Einwohnern wäre die Türkei zum Zeitpunkt des Beitritts wohl der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat. Sie würde damit über die meisten Sitze im Europäischen Parlament sowie über die meisten Stimmen im EU-Ministerrat verfügen. Das würde für die Strukturen der EU neuerlich gewaltige Veränderungen bedeuten“. (Edmund Stoiber in: Süddeutsche Zeitung, 11. Dezember 2002, S. 15).

Die geographisch begründete Ablehnung eines Beitritts der EU impliziert die Forderung einer Definition der Grenzen der EU. In diesem Zusammenhang werden weitere Nachbarstaaten Europas genannt, die sich im Fall einer Aufnahme der Türkei ebenfalls um eine Mitgliedschaft bewerben könnten, die dann nicht mehr abgewiesen werden könnten. Die Argumentation beruht in diesem Fall darauf, dass sich die EU nicht beliebig erweitern könne, ohne ihren Charakter zu verändern. Dahinter steht die Logik, dass Erweiterung und Vertiefung nicht miteinander zu vereinbaren seien:

„Ich denke ganz allgemein, dass ein Europa, das sich politisch integrieren will, seine Grenzen definieren muss. Durch eine überzogenen Ausweitung könnte die EU ihre innere Kohärenz verlieren“. (Interview mit Wolfgang Schäuble in der Süddeutschen Zeitung, 19. Dezember 2002, S. 7).

„Die EU hat bisher nicht riskiert, ihre Grenzen im Osten, im Südosten und Süden zu definieren. Im Norden und Westen gibt es keine Probleme, doch im Süden müsste klargestellt werden, dass weder die maghrebinischen Staaten noch der Nahe Osten und Israel zu Europa gehören. Die Hauptprobleme tun sich im Osten und Südosten auf. Die Ukraine, Weißrussland und Russland sollten zwar an Europa gebunden, ihre Stabilisierung nach Kräften unterstützt werden. Sie sind indes kein Teil Europas und gehören deshalb nicht in die EU. Sie haben Europa zwar manchmal massiv beeinflusst, aber die jüdisch-griechisch-römische Antike, die protestantische Reformation und die Renaissance, die Aufklärung und die Wissenschaftsrevolution haben diese Länder nicht geprägt. Diese Einwände gegen einen EU-Beitritt stechen noch mehr, wenn es um die Türkei geht“. (Hans-Ulrich Wehler in: Die Zeit, 12. September 2002, S. 9).

In diesem Zusammenhang lassen die Beitrittsgegner die Vermutung verlautbaren, dass einige der Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei, vor allem die USA aber auch Großbritannien, die EU schwächen und eine Vertiefung verhindern wollen:

„Wer die europäische Einigung vertiefen will, darf die EU nicht ohne Maß erweitern. Eine Erweiterung ohne Rücksicht auf die Geschichte wäre eine maßlose Erweiterung. Eine Erweiterung auf Kosten des Zusammenhalts würde den Westen nicht stärken. In einer Zeit, in der das offizielle Washington westliche Errungenschaften wie die Herrschaft des Rechts auch in den internationalen Beziehungen offen infrage stellt, muss Europa umso entschlossener an diesen Werten festhalten.

Das kann Europa nur gelingen, wenn es sich fester zusammen schließt. Eine Ausdehnung der EU über die Grenzen Europas hinaus würde das Gegenteil bewirken: nicht die Vertiefung der Union, sondern ihre allmähliche Auflösung. Die langfristigen Folgen einer solchen Entwicklung sind absehbar“. (Heinrich August Winkler in: Die Zeit, 7. November 2002, S. 6).

Die Ablehnung eines Beitritts auf der Grundlage der geographischen und demographischen Situation wird durch kulturell-historische Argumente ergänzt. In diesem Zusammenhang spielt die Religion eine vorrangige Rolle. Es wird ein Antagonismus von Christentum und Islam aufgeführt, um zu zeigen, dass die Türkei nicht in die EU passe:

„One [argument] is that the EU is founded on Christian values, and it would be destabilising to admit a Muslim state, even a secular one“. (Financial Times, 13. November 2002, S. 15).

„Das muslimische Osmanenreich hat rund 450 Jahre lang gegen das christliche Europa nahezu unablässig Krieg geführt; einmal standen seine Heere sogar vor den Toren Wiens. Das ist im Kollektivgedächtnis der europäischen Völker, aber auch der Türkei tief verankert [...] Doch ändert das nichts an dem Tatbestand, dass eine politische Union über Kulturgrenzen hinweg noch nie und nirgendwo Bestand gehabt hat“. (Hans-Ulrich Wehler in: Die Zeit, 12. September 2002, S. 9).

„Eine innere Krise der Europäischen Union ist deshalb unausweichlich, weil die Türkei und Europa sich in ihren historischen Prägungen und infolgedessen in ihren politischen Kulturen stark unterscheiden. Wenn wir von der politischen Kultur Europas sprechen, meinen wir die des historischen ‚Okzidents‘: desjenigen Teils von Europa, der bis zur Reformation sein geistliches Zen-

trum in Rom hatte. Nur im Okzident, nicht aber im byzantinisch geprägten Teil von Europa hat sich im Mittelalter jene Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt vollzogen, die zur Urform der Gewaltenteilung und des modernen Pluralismus geworden ist. Erst dieser Pluralismus hat die Entstehung der westlichen Demokratie möglich gemacht“. (Heinrich August Winkler in: *Die Zeit*, 7. November 2002, S. 6).

Die wirtschaftliche Schwäche der Türkei bildet einen weiteren Argumentationsschwerpunkt. Die Beitrittsgegner sehen enorme Schwierigkeiten auf die EU zukommen, wenn die Türkei, deren Wirtschaftskraft circa 22 Prozent der durchschnittlichen Wirtschaftskraft der EU beträgt, vollwertiges Mitglied würde und Anspruch auf Finanzhilfen und das Freizügigkeitsprinzip erhöhe (Edmund Stoiber in: *Süddeutsche Zeitung*, 11. Dezember 2002, S. 15). Ähnlich äußert sich auch Wehler:

„Warum sollte, da nach europäischen Kriterien rund 30 Prozent des türkischen Arbeitskräftepotenzials als arbeitslos gelten, einem anatolischen Millionenheer die Freizügigkeit in die EU eröffnet werden?“ (Hans-Ulrich Wehler in: *Die Zeit*, 12. September 2002, S. 9).

Ein gewichtiges Argument der Gegner eines EU-Beitritts der Türkei liegt im Demokratiedefizit der türkischen Republik. Das Argument, die Türkei sei nach wie vor kein demokratisches Land westlicher Prägung und schütze die Menschenrechte in viel zu geringem Umfang, findet sich bei einer Reihe von Gegnern des Beitritts:

„Das bestürzende Demokratiedefizit, das die Beitrittsgeschichte der Türkei kennzeichnet, wirft ein grelles Licht auf die Missachtung des Souveräns und seiner gewählten Vertreter. Einen muslimischen Großstaat in die EU aufzunehmen markiert einen derartigen Wendepunkt in der gesamten bisherigen Europapolitik“. (Hans-Ulrich Wehler in *Die Zeit*, 12. September 2002, S. 9).

„Die Modernisierung, die Präsident Kemal Atatürk (1923 bis 1938) begonnen hat, lief auf eine mit autoritären Mitteln durchgesetzte Teilverwestlichung hinaus. Zwar ist die Türkei der einzige durch freie Wahlen legitimierte, rein weltliche Nationalstaat im islamischen Nahen Osten. Bis heute aber beruht diese Errungenschaft auf einem hohen Maß an Zwang. [...] Trotz aller Reformen, zu denen sich die Türkei seit dem Beschluss von Helsinki, zumindest auf dem Papier, bereit gefunden hat, ist sie noch immer keine Demokratie westlicher Prägung. Sie bleibt weit davon entfernt, eine entwickelte Zivilgesellschaft zu sein“. (Heinrich August Winkler in: *Die Zeit*, 7. November 2002, S. 6).

Anstelle einer Mitgliedschaft in der EU schlagen die Beitrittsgegner der Türkei eine sogenannte „privilegierte Partnerschaft“ vor und empfehlen dieses Instrument auch für andere Beitrittsinteressenten:

„Eine privilegierte Partnerschaft wäre eine ehrlichere Lösung als der Ausweg, auf den die Europäische Union verfallen ist: die wiederholte Vertagung der Bekanntgabe eines Termins für Beitrittsverhandlungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Kandidatenstatus“. (Heinrich August Winkler in: *Die Zeit*, 7. November 2002, S. 6).

„Die Inhalte dieser ‚privilegierten Partnerschaft‘ zu definieren, ist eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union und der Türkei. Ein solches Instrument wäre übrigens auch geeignet, anderen Kandidaten am Rande Europas (zum Beispiel Ukraine, nordafrikanische Mittelmeerstaaten), die man im Falle eines EU-Beitritts der Türkei kaum zurückweisen könnte, eine Perspektive außerhalb einer EU-Mitgliedschaft zu bieten“. (Edmund Stoiber in: *Süddeutsche Zeitung*, 11. Dezember 2002, S. 15).

Die Argumente für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Für die Aufnahmen von Beitrittsverhandlungen mit der EU sprachen sich im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels diverse Akteure mit jeweils unterschiedlich gewichteten Argumenten aus. Zu den Befürwortern einer zügigen Aufnahme von Verhandlungen gehörten Großbritannien, Spanien, Griechenland, Italien und Belgien. Auch die US-amerikanische Regierung hatte ein gesteigertes Interesse daran, dass dem Wunsch der Türkei nach Aufnahme der Verhandlungen vor dem Abschluss der nächsten Beitrittsrunde entsprochen würde, da dies die Zustimmung der türkischen Regierung zur von Bush geforderten Nutzung türkischer Luftbasen und der Stationierung von Bodentruppen für einen Krieg gegen den Irak hätte erleichtern können: „The president and secretary of state want Europe to give Turkey the green light on accession talks ahead of any potential war in the Gulf, senior US officials said.“ (Financial Times, 28. November 2002, S. 2).

Die Befürworter einer Aufnahme der Türkei in die EU argumentieren zunächst geopolitisch. Fragen der Sicherheit und der Energieversorgung stehen hier im Mittelpunkt:

„Der Wert der Türkei für die EU liegt primär im Bereich der Außenpolitik. Die Stichworte sind Energiepolitik und Sicherheit. [...] Bereits jetzt durchziehen Röhren mit turkmenischem, iranischem und sibirischem Gas die türkische Erde. Mittelfristig wird die Türkei zur wichtigsten Verteilerstelle der Öl- und Gasvorräte einer Region, deren Reserven Kuwait den Rang ablaufen. Pläne für den Weitertransport der Brennstoffe über den Balkan oder durch die Adria nach Europa liegen in der Schublade. Europa ist – stärker noch als die USA – einseitig von nahöstlichem Erdöl abhängig und hat ein vitales Interesse an sicheren Transportwegen. Und damit an der Türkei.

[...] Gegen die Türkei ist eine effiziente europäische Außen- und Sicherheitspolitik weder in Südosteuropa noch im Nahen Osten möglich, wo unter anderem die Existenz Israels durch die Türkei mit gesichert wird. Auch der Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinitiative ist nicht ohne die Türkei zu haben. Sie ist ein Schlüsselmitglied der Nato, das sich aus verständlichen Gründen jedem Alleingang der EU in dieser Region widersetzt.“ (Günter Seufert in: Die Zeit, 19. September 2002, S. 11).

„Die Türkei stellt eine geographische, ökonomische und politische Brücke zu den türkischsprachigen Republiken Mittelasiens dar. Sie hat ihre traditionell guten Beziehungen zu diesen Ländern seit der Unabhängigkeit dieser Länder auch im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich weiter intensiviert, einer Region mit den größten Erdöl- und Erdgasreserven der Welt.

Gerade eine voll in die EU integrierte demokratisch und ökonomisch stabile Türkei würde auf die Menschen und Staaten vor allem im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen islamischen Staaten als ein gelungenes Modell westlicher Prägung eine große positive Wirkung haben. Diese würde mittelfristig den Demokratisierungsprozess und die Übernahme des parlamentarisch-demokratischen Systems in diesen Ländern befördern und zu mehr Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität führen, was auch der EU zugute käme.“ (Hakki Keskin in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2002, S. 18).

Keskin unterfüttert seine geopolitische Argumentation historisch. Er nennt drei Beispiele (Mitgliedschaft in der NATO, Bewerbung um die Mitgliedschaft in der EWG im Juli 1959, konsequentes Eintreten für das westlich-demokratische Wertesystem) aus den letzten fünfzig Jahren, um seine Aussage zu belegen, die Türkei verfolge seit der Konstituierung der Republik im Jahr 1923 das Staatsziel „Westorientierung“ und dies unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen Regierungen (Hakki Keskin in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2002, S. 18).

Die geopolitische Argumentation geht von der Sicherheits- über die Energiepolitik direkt über in eine wirtschaftspolitische Argumentation. Der derzeit wirtschaftlich

schwachen Türkei werden beachtliche Wachstumspotenziale zugeschrieben, die aus der Türkei einen für die EU rentablen und nicht zu unterschätzenden Absatzmarkt machen könnten:

„Vom Fluss des kaukasischen Öls wird die Türkei direkt und indirekt profitieren. Schon jetzt sind türkische Firmen im Bereich Bau, Telekommunikation und Lebensmittel in Zentralasien aktiv. Der Ausbau der Transportwege für Öl und Gas wird aus den 240 Millionen Einwohnern der gesamten Region mittelfristig Konsumenten machen, die aus der Türkei als Ausgangspunkt leicht zu erreichen sind. Wer die 67 Millionen Türken nur als Einwanderungsmasse und nicht als einen viel versprechenden Markt betrachtet, wird seine eindimensionale Sicht in 10 bis 15 Jahren gründlich revidieren müssen². (Günter Seufert in: Die Zeit, 19. September 2002, S. 11).

Kulturelle oder historische Fragen spielen für die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei eine weniger zentrale Rolle als für die Gegner und werden eher defensiv angeführt. Hierbei wird vor allem mit traditionellen Beziehungen argumentiert:

„Gräbt man im Geschichtsbuch, so fällt auf, dass die Türkei zu Europa gehört, anders als Turkmenistan oder Marokko: Wie selbstverständlich war das Osmanische Reich in das europäische Mächtegeflecht der Frühen Neuzeit eingebunden. Warum sonst paktierte der Rex christianissimus, Franz I. von Frankreich, mit dem Sultan gegen den Kaiser des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation? Glaube spielte da keine Rolle. Und heute? Niemand käme auf die Idee, den bosnischen Muslimen ihre europäische Herkunft abzusprechen, nur weil sie den Ramadan feiern. Sind etwa die 2,5 Millionen türkisch-stämmigen Bürger in Deutschland nur Asiaten auf Besuch in Europa? Christentum und Islam taugen nicht für politische Grenzziehungen. Beide sind Teil der europäischen Geschichte“. (Michael Thumann in: Die Zeit, 12. Dezember 2002, S. 1).

Offensiv wird im Zusammenhang mit kulturellen Unterschieden und Gemeinsamkeiten hingegen mit der Tatsache argumentiert, dass in der EU rund 15 Millionen Moslems leben, deren Integration durch eine Beitrittsperspektive für die Türkei deutliche Verbesserungen erfahren könnte. In diesem Zusammenhang wird das Engagement der Bundesregierung auch als wahltaktische Strategie verstanden, die sich konservative Parteien ebenso zu Nutze machen könnten:

„Mr Schröder's position is also astute politics. There are now more than 2.5m migrant workers in Germany, most of them originating from Anatolia. [...] their presence helps to remind everybody that with some 15m Muslims, the EU is no longer an exclusively Christian club as some of our politicians would like to believe. [...] There are, after all, already about 500,000 German citizens of Turkish origin. [...] In the last federal elections the Social Democrats gained only about 7,500 more votes than the Christian Democrats. But among the voters of the red-green coalition were almost 300,000 German Turks. The conservative opposition and the liberal party won the votes of only 65,000“. (Dietrich von Kyaw in: Financial Times, 22. November 2002, S. 15).⁴

Eine Reihe von Befürwortern sieht im Beitritt der Türkei zur EU die einzige Chance, den Reformprozess des Landes voran zu bringen und befürchtet für den Fall einer Ablehnung der Mitgliedschaft aufbrechende innere Konflikte. Der Beitritt der EU wird somit als Unterstützung der antifundamentalistischen Kräfte in der Türkei angesehen:

„Die Union tue gut daran, an ihren Forderungen nach politischen Reformen festzuhalten, meint Ischak Alaton.⁵ Sie müsse aber auch der Türkei etwas mehr entgegenkommen.[...] Und wenn die EU die Türkei abweist? Dann werde das Land seine inneren Konflikte niemals lösen und auch für Europa zu einem Faktor der Instabilität werden, warnt Alaton. „Die Türkei muss gezähmt werden und das geht nur in der EU. Schließt Europa seine Türen für uns, wird dieses Land zu einem gefährlichen Pulverfass““. (Gerd Höhler in: Frankfurter Rundschau, 7. Juni 2002, S. 6).

„Eine Verzögerung der Festlegung eines Datums für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beim EU-Gipfel im Dezember 2002 würde aber genau diesen Kräften einen Auftrieb

geben – mit verheerenden Folgen für das Land, aber sicherlich auch für die EU. Diejenigen dagegen, die seit Jahren konsequent einen Pro-Europa-Kurs verfolgen, würden mit einer Verzögerung seitens der EU so geschwächt, dass sie kaum mehr überzeugend weiterhin ihren Kurs vertreten können“. (Hakki Keskin in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2002, S. 18).

Schließlich wird aus den von der Türkei bereits erbrachten Vorleistungen ein moralischer Anspruch auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – nicht auf einen Beitritt – abgeleitet:

„Man stelle sich nur für einen Moment vor, die EU hätte Polen den Kandidatenstatus für die EU-Mitgliedschaft zugesprochen, aber vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen die Bedingung gestellt, dass es die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllen müsse. Während Polen alles unternimmt und die entsprechenden Reformen umsetzt, diskutieren die Deutschen darüber, ob Polen überhaupt EU-Mitglied werden solle. Nachdem Polen zur Tat geschritten ist und freudig auf einen Termin für die Beitrittsverhandlungen wartet, sagt die EU, zunächst wolle man noch die Implementierung dieser Reformen abwarten, und im Übrigen fehle noch dieses und jenes und so weiter. [...] Es war von der EU damals richtig, der Türkei den Kandidatenstatus zu geben. Es ist richtig, die Erfüllung der Aufnahmebedingungen zu fordern. Aber es ist falsch, immer neue Vorwände zu erfinden, um die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinauszuschieben“. (Wulf Schönbohm in: Die Zeit, 17. Oktober 2002, S. 6).

„Gerade auch deshalb braucht die Türkei nunmehr nach jahrzehntelangen Bemühungen um eine EU-Mitgliedschaft eine klare Perspektive. Sie hat sich diese verdient“. (Hakki Keskin in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2002, S. 18).

Die Termindebatte

Die Türkei hatte seit dem Gipfel von Helsinki zahlreiche Reformen⁶ durchgeführt und erwartete nun vom Europäischen Rat ein konkretes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen, der noch vor dem Abschluss der aktuellen Erweiterungsrunde, also vor dem Jahr 2004 liegen sollte. Diese Erwartung wurde lautstark und mit Drohgebärden verkündet, was die Aussichten auf Erfolg nicht unbedingt verbesserte:

„Das Mittelmeerland hatte den guten Willen von Schröder und Co. in den vergangenen Tagen ziemlich strapaziert. Selbst die engsten Freunde Ankaras, etwa der Brite Tony Blair und der Spanier José Maria Aznar, räumen ein, wie sehr sie das Manöver des EU-Kandidaten nervt, ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zur Frage der Ehre und zum Test für den Umgang Europas mit dem Islam zu erklären. ‚Einige waren sehr schockiert von der Erpressungskampagne der letzten Tage‘, gab sogar Italiens Premier Silvio Berlusconi zu, der zuvor noch mit Verve für Ankaras Sache geworben hatte“. (Süddeutsche Zeitung, 14./15. Dezember, S. 2).

Der Europäische Rat folgte in Kopenhagen bezüglich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einem Kompromissvorschlag des französischen Präsidenten Chirac und des deutschen Bundeskanzlers Schröder. Statt der Türkei einen festen Beitrittstermin anzubieten, hat der Europäische Rat entschieden, die Entscheidung aufzuschieben. Im Gegensatz zu sonst üblichen Aufschüben auf unbestimmte Zeit, legte der Europäische Rat jedoch einen Termin und Bedingungen für die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen fest:

„Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen“. (Europäischer Rat (Kopenhagen), 12./13. Dezember 2002: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Ziffer 19).

Die Staats- und Regierungschefs fordern in ihrer Erklärung die Türkei auf, ihren Reformprozess „energisch voranzutreiben“ und erinnern sie daran, „dass ein Beitrittskandidat nach den 1993 in Kopenhagen festgelegten politischen Kriterien als Voraussetzung für die Mitgliedschaft eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben muss“ (Europäischer Rat (Kopenhagen), 12./13. Dezember 2002: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Ziffer 18 und 19).

Um der Türkei die erneute Warte- und Probezeit zu versüßen, wurde in Kopenhagen eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Heranführungshilfe und eine Ausweitung und Vertiefung der Zollunion EG-Türkei beschlossen. Außerdem erhielt die Kommission den Auftrag, „einen Vorschlag für eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft vorzulegen und den Prozess der Durchsicht der Rechtsvorschriften zu intensivieren“ (Europäischer Rat (Kopenhagen), 12./13. Dezember 2002: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Ziffer 20).

Das Ergebnis des Gipfels von Kopenhagen wird unterschiedlich bewertet. Der deutschen Opposition ging der Kompromiss zu weit, während die türkische Regierung mit dem Ergebnis nicht zufrieden war. In der Bundesrepublik wurde das Engagement der rot-grünen Koalition für einen Kompromiss in der Termin-Problematik in einen Zusammenhang mit den Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis gesetzt:

„Kleine Ursachen, große Wirkungen: Könnte es sein, dass rhetorische Entgleisungen im deutschen Bundestagswahlkampf, die Präsident George W. Bush nachhaltig verstimmt haben, der Türkei zu der seit langem erstrebten Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union verhelfen? Washington wünscht eine baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Berlin erwartet offenbar amerikanische Absolution, wenn es sich in der EU für dieses Anliegen stark macht“. (Heinrich August Winkler in: Die Zeit, 7. November 2002, S. 6).

Auch die CDU-Chefin Merkel äußerte sich im Bundestag entsprechend (Süddeutsche Zeitung, 20. Dezember 2002, S. 6), während Christiane Schlötzer von der Süddeutschen Zeitung aus dem Kopenhagener Kompromiss Hoffnungspotenziale und Bringschulden sowohl für die EU als auch für die Türkei schließt und diese mit einer Portion Skepsis verbindet:

„Bleibt die Türkei auf ihrem Reformkurs, dann kann die EU sie im Jahr 2004 nicht mehr abweisen. Die Union würde sonst ihre Glaubwürdigkeit und die ihrer Prinzipien verlieren.

Prinzipien aber sind das eine, Politik ist das andere. Der Türkei-Beschluss der EU-Chefs nimmt auch Rücksicht auf Wahltermine und Empfindlichkeiten in zahlreichen europäischen Ländern. Er ist ein echter europäischer Kompromiss, halb rational, halb Gefühlsprodukt. In der Türkei wiederum ist das Thema Europa hoch emotionalisiert, und die neue Regierung ist politisch unerfahren. So griff sie vor dem Gipfel zum altbekannten türkischen Werkzeug des Drängelns und Drohens. Bei den EU-Chefs kam dieses Mittel nicht gut an. Zwar hat Ankara sich damit keine neuen Freunde gemacht, aber auch andere EU-Neulinge übten sich schließlich in Kopenhagen in der Kunst der politischen Pression“. (Süddeutsche Zeitung, 14./15. Dezember 2002, S. 4).

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.
- 2 Die Kriterien lauten:
 - Verwirklichung einer institutionellen Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten (politisches Kriterium);

- Existenz einer funktionsfähigen Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten (wirtschaftliches Kriterium);
- Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und die Fähigkeit, sich auch die Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen (Kriterium der Übernahme des Besitzstandes der Gemeinschaft)

(Quelle: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e40001.htm>, Stand 07.01.2003).

- 3 [...] das heißt wir bekommen eine Freihandelszone „Europa und Naher Osten“. (Übersetzung durch die Autorin).
- 4 Schröders Position ist außerdem eine schlaue Politik. In Deutschland leben heute mehr als 2,5 Millionen Gastarbeiter, von denen die meisten aus Anatolien stammen. [...] Ihre Anwesenheit erinnert jeden daran, dass die EU mit rund 15 Millionen Moslems nicht mehr der exklusiv christliche Club ist, wie es einige unserer Politiker gerne glauben möchten. [...] Es gibt circa 500.000 Deutsche türkischer Abstammung. [...] Bei den letzten Bundestagswahlen gewannen die Sozialdemokraten nur etwa 7.500 Stimmen mehr als die Christdemokraten. Aber unter den Wählern der rot-grünen Koalition waren fast 300.000 deutsche Türken. Die konservative Opposition und die liberale Partei gewannen nur die Stimmen von 65.000 [deutschstämmigen Türken]. (Übersetzung durch die Autorin).
- 5 Ischak Alaton ist Präsident der Alarco Holding und eine Größe im Türkischen Industrieverband, der sich für demokratische Reformen in der Türkei einsetzt.
- 6 Im Sommer 2002 verabschiedete das türkische Parlament eine Reform von 13 Gesetzen, darunter die Abschaffung der Todesstrafe, eine Ausweitung der Meinungsfreiheit und der Bürgerrechte, strengere Regeln für die Polizei und kulturelle Rechte für die Kurden (vgl. Frankfurter Rundschau, 5. August 2002, S. 3).
Ein weiteres Reformpaket, das dazu beitragen soll, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen wurde Anfang Dezember 2002 unmittelbar nach den Parlamentswahlen in Windeseile verabschiedet.

